

Europaweite Lösung für Asyl notwendig

Die Interessen der Steuerzahler einbeziehen

Von Michael Jäger

Unstrittig ist, dass wir Menschen, die in Deutschland und Europa berechtigt Asyl suchen, helfen wollen und müssen. Problematisch ist jedoch die explosionsartige Zunahme der Asylsuchenden. Die öffentliche Diskussion ist zulässig und richtig: die Verfahren von Flüchtlingen, die aufgrund der Gesetzeslage keine Chance auf Asyl haben, abzukürzen, um beispielsweise den Kriegsflüchtlingen aus Syrien einen menschenwürdigen Aufenthalt zu ermöglichen. Statt 450.000 – wie bisher erwartet – zeigen die Hochrechnungen, dass 800.000 bis 900.000 Asylbewerber und Flüchtlinge in diesem Jahr allein nach Deutschland kommen werden. Dabei ist davon auszugehen, dass der Flüchtlingsstrom weiter zunimmt und noch einige Jahre anhält. Keine Frage, dass diese Entwicklung extreme He-

erausforderungen an Kommunen und Länder stellt. Wir haben bei dieser Entwicklung auch die Wahrung der Interessen der deutschen und europäischen Steuerzahler eingefordert. Das bedeutet, EU-weit sicherzustellen, dass Asylanträge aus sicheren Staaten koordiniert und schneller, einschließlich Rückreise, abgeschlossen werden. Wir unterstützen diese auch politisch diskutierte und in Bayern weitgehend umgesetzte Lösung. Es gilt den Missbrauch zu verhindern, um berechtigt Hilfesuchenden helfen zu können. Ein weiteres Problem ist die Unterbringung der Flüchtlinge, die sowohl mit Akzeptanzproblemen als auch Kosten verbunden ist. Dass dabei Turnhallen als Notunterkünfte keine ideale Lösung darstellen, ist aus verschiedenen Gründen nachvollziehbar. Den Schulen und Vereinen werden

Sportmöglichkeiten verwehrt. Auch für die Flüchtlinge kann es nur eine provisorische Übergangslösung sein. Es gilt, unter Einbeziehung des anwachsenden Zustroms, bessere, auch winterfeste Lösungen zu finden. Beispielsweise ist der Einsatz von sogenannten Traglufthalen als neue Form von Unterkunft in Berlin und im Landkreis München erfolgreich getestet worden. Gemeinsam mit dem Landrat des Landkreises München, Christoph Göbel, haben wir in Berlin die Traglufthalen-Unterkunft beabsichtigt, die speziell für die Unterbringung der immer zahlreicher werdenden Asylbewerber entwickelt und ausgestattet wurde. Wir konnten dabei eine gute winter- und wetterfeste Unterbringungsqualität für 200 bis 300 Personen

„Ziel muss eine europäische Asylpolitik sein, mit der das Flüchtlingsproblem nachhaltig und human gelöst werden kann und gleichzeitig die Kosten für die Steuerzahler minimiert werden. Der Zustand muss beendet werden, dass kriminelle Schleuser das Flüchtlingselend schamlos ausnutzen können.“

je Halle feststellen. Landrat Göbel setzt nach dieser Erfahrung das Traglufthalen-Konzept im Landkreis an sieben Standorten zur Unterbringung ein und konnte dadurch sehr rasch eine gute Lösung im Sinne menschenwürdiger Unterbringung von Flüchtlingen realisieren. In weniger als drei Monaten konnten drei Standorte in Betrieb genommen werden. Der bayerische und der europäische Bund der Steuerzahler unterstützen diese Initiative, mit der von Bayern aus ein europaweit möglicher Standard gesetzt wird. Das Flüchtlingsthema muss künftig europäisch, solidarisch geplant werden. Ziel ist eine europäische Asylpolitik, mit der das Flüchtlingsproblem nachhaltig humanitär gelöst werden kann und gleichzeitig die Kosten minimiert werden. Der Zustand muss beendet werden, dass Zehntausende Menschen auf ihrer Flucht aus den Kriegsstaaten nach Europa ihr Leben lassen müssen und kriminelle Schleuser dieses Elend schamlos ausnutzen. Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière haben recht, einmal – wie wir – die Beschleunigung der Verfahren der Flüchtlinge aus dem Balkan zu fordern und gleichzeitig materielle Anreize für



Eine vergleichbare Traglufthalle wurde durch die Firma Paranet in Taufkirchen bei München aufgebaut. Die neuartige winter- und wetterfeste Unterkunft für Asylbewerber hat bei optimaler Raumaufteilung Platz für bis zu 300 Menschen.



Einweihung und Besichtigung der ersten Traglufthalle für Asylbewerber in Taufkirchen bei München. Interessierte Gäste, von links, Dr. Dr. Paolo Magagnotti, Präsident des Europäischen Journalistenverbandes, Michael Jäger, Generalsekretär des europäischen Bundes der Steuerzahler, Unternehmer Jürgen Wowra, Firma Paronet GmbH, Hersteller der Traglufthallen, Landrat Christoph Göbel, München, Claudia Graus, Vizepräsidentin UNICEF Deutschland, Bürgermeister Ulrich Sander, Taufkirchen, und Rolf von Hohenhau, Präsident des bayerischen und des europäischen Bundes der Steuerzahler.

Wirtschaftsflüchtlinge zu reduzieren. Diese Vorschläge gilt es europaweit konsequent umzusetzen. Dass in den letzten Wochen Bewegung in die Unterbringungsdiskussion gekommen ist, zeigt das Interesse an der Traglufthallen-Lösung des Landkreises München, die nationale und internationale Anerkennung gefunden hat. So haben sich in Taufkirchen im Landkreis München der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger, Europa-Ministerin Dr. Beate Merk, UNICEF-Vizepräsidentin Claudia Graus sowie die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner persönlich über die neuartige und vorbildliche Unterbringungslösung informiert. „Kinder leiden am härtesten unter den Folgen von Krieg, Gewalt und dem Verlust ihrer Heimat. Wir müssen alles tun, um sie gut aufzunehmen. Die Kommunen brauchen die entsprechende Unterstützung, diese Kinder angemessen unterbringen und ihnen Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung geben zu können“, so unter anderem Claudia Graus, deutsche UNICEF-Vizepräsidentin. Innenminister Joachim Herrmann stellte fest: „Die Zahl der Asylbewerber nimmt rasant zu. Es ist unsere Pflicht, alle ordentlich unterzu-

bringen. Wir brauchen die knappen Unterkunftplätze für diejenigen Menschen, die wirklich verfolgt sind und nach unserem Asylrecht eine Chance auf Anerkennung haben. Deshalb müssen wir diejenigen, die bei uns ihr Glück suchen, aber nicht bleiben können, so rasch wie möglich wieder in ihre Heimatländer zurückführen. Das gilt vor allem für Asylbewerber aus den sicheren Herkunftsländern wie den Westbalkanstaaten.“ Der europäische Bund der Steuerzahler setzt sich in diesem Sinne auf europäischer Ebene dafür ein, einen europaweit vergleichbaren Asyl-Standard zu entwickeln. Alle europäischen Staaten müssen dazu beitragen, das Flüchtlingsproblem lösen zu können. Es gilt den betroffenen Menschen zu helfen, aber auch Unterstützung zur Selbsthilfe zu leisten und dabei entsprechend unserer Vorschläge sorgsam und sparsam mit den Steuergeldern umzugehen. Diese sicher berechnete Forderung kommt auch denjenigen zugute, die unserer Hilfe wirklich bedürfen. Der europäische Bund der Steuerzahler hat dazu einen unter www.taxpayers-europe.com einsehbaren Forderungs- und Aktionsplan entwickelt, der auch die Interessen der europäischen Steuerzahler angemessen berücksichtigt. ♦

Kommunen mit Re-kommunalisierung auf dem Holzweg Warnung der FDP

„Mit der geplanten Re-kommunalisierung sind die Kommunen auf dem Holzweg. Re-kommunalisierung führt vielerorts zu höheren Kosten für die Bürger und gefährdet die mittelständisch geprägte private Wirtschaft. Kommunale Aufträge sollten grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden. Die steuerliche Bevorzugung kommunaler Anbieter ist ohnehin inakzeptabel. Es darf nicht sein, dass mit dem Argument der Daseinsvor-



Albert Duin, bayerischer FDP-Landesvorsitzender: „Rekommunalisierung führt zu höheren Kosten für die Bürger und gefährdet die mittelständisch geprägte private Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass mit dem Argument der Daseinsvorsorge ein fairer Wettbewerb verhindert wird.“

sorge ein fairer Wettbewerb verhindert wird. Ich kann nur davor warnen, den Einfluss der öffentlichen Hand zulasten der Privatwirtschaft auszuweiten: Ein starker Mittelstand nützt uns allen. Unternehmen in kommunaler Hand nützen oft nur den Politikern, die sich damit lukrative Versorgungsposten schaffen – der ehemalige CSU-Landrat Ludwig Lankl, der heute als Vorsitzender des ZAW Donau-Wald die Verstaatlichung der Abfallbeseitigung vorantreibt, ist ein gutes Beispiel dafür“, erklärte Bayerns FDP-Landesvorsitzender Albert Duin. ♦